

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

44. Ministerrat

13. Jänner 2021

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 4. Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 12. November 2020 betreffend „Sanktionen bei schweren Fällen absichtlicher Tierquälerei und Tierfolter“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 4. Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 12. November 2020 betreffend „Absicherung der heimischen Automobilindustrie“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 4. Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 12. November 2020 betreffend „Maßnahmen gegen Terror und radikal-islamischen Extremismus“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 4. Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 12. November 2020 betreffend „stärkeres Gesundheitsbewusstsein - Brustkrebsvorsorge“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 3. Dezember 2020, mit dem der Beschluss Nr. 178 – „Maßnahmen zur Verhinderung tätlicher Übergriffe auf Exekutivbeamte“ vom 17. November 2020 vorgelegt wird.
6. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 3. Dezember 2020, mit dem der Beschluss Nr. 192 – „Den politischen Islam mit voller Härte bekämpfen“ vom 17. November 2020 vorgelegt wird.
7. Schreiben des Landeshauptmannes der Steiermark vom 4. Dezember 2020, mit dem der Beschluss Nr. 183 – „sicherer und klimafreundlicher Schulweg für alle Schülerinnen und Schüler und Mittransport von Kindergartenkindern sowie Finanzierung dieses erweiterten Schülergelegenheitsverkehrs“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Landeshauptmannes von Tirol vom 9. Dezember 2020, mit dem eine Entschließung vom 19. November 2020 betreffend „Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht der Unabhängigen Expertenkommission“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 1. Dezember 2020 betreffend „Umsetzung des Reverse charge-Systems gegen Umsatzsteuerbetrug“ vorgelegt wird.

10. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 1. Dezember 2020 betreffend „Maßnahmen zur Ausweitung der Einlagensicherung auf Gemeinden“ vorgelegt wird.
11. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 1. Dezember 2020 betreffend „Verbesserungen im Asylwesen“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 15. Dezember 2020 betreffend „Keine neuen Asylzentren im Burgenland“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 15. Dezember 2020 betreffend „Stopp der Pensionskürzungen und der Arbeitszeitverschlechterungen im Zuge der Covid-19-Krise“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 4. Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 19. November 2020 betreffend „Anti-Terror-Paket für Österreich“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 4. Dezember 2020, mit dem ein Beschluss vom 19. November 2020 betreffend „Schaffung der Möglichkeit einer Sicherungshaft für potenzielle Gefährder“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 1. Dezember 2020, mit dem eine Resolution vom 1. Dezember 2020 betreffend „Auflegung eines zusätzlichen wirtschaftlichen Hilfspakets für von den Corona-Maßnahmen indirekt betroffenen Branchen, insbesondere für die Veranstaltungswirtschaft“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 14. Dezember 2020, mit dem eine EntschlieÙung vom 7. Oktober 2020 betreffend „Alternative Beurteilungsformen in der Grundstufe I“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Landeshauptmannes von Vorarlberg vom 14. Dezember 2020, mit dem eine EntschlieÙung vom 18. November 2020 betreffend „Menschen entlasten, Steuerbetrug bekämpfen, Wirtschaft stärken“ vorgelegt wird.
19. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 11. Dezember 2020, mit dem der Antrag Nr. 37 – „Gratisschwimmkurse für Kinder“ vom 1. Dezember 2020 vorgelegt wird.
20. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Burgenland vom 30. November 2020, mit dem 20 Anträge der Vollversammlung vom 13. November 2020 vorgelegt werden.
21. Schreiben der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer vom 14. Dezember 2020, mit dem eine Resolution der Vollversammlung vom 14. Dezember 2020 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.

22. Schreiben der Landwirtschaftskammer Kärnten vom 21. Dezember 2020, mit dem eine Resolution vom 18. Dezember 2020 betreffend „Corona-Hilfe für die Landwirtschaft“ vorgelegt wird.
23. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 14. Dezember 2020, mit dem eine Resolution vom 10. Dezember 2020 betreffend „rechtskonforme Lösung des Abbiegeassistenten auf EU-Ebene“ vorgelegt wird.
24. Schreiben der Ärztekammer Steiermark vom 11. Dezember 2020, mit dem eine Resolution vom 7. Dezember 2020 betreffend „SARS-CoV-2-Impfstrategie“ vorgelegt wird.
25. Schreiben des Bürgermeisters von Vöcklamarkt vom 18. Dezember 2020, mit dem eine gemeinsame Resolution des Pfarrgemeinderates und des Gemeinderates betreffend „mehr Mitsprache auf Gemeindeebene und maßvolle Aufnahme von geflüchteten Kindern und Familien“ vorgelegt wird.
26. Schreiben des Bürgermeisters von Maria Saal vom 23. Dezember 2020, mit dem eine Resolution vom 21. Dezember 2020 betreffend „Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland – dem Beispiel anderer EU-Staaten folgend – im Rahmen der EU-Vereinbarung“ vorgelegt wird.
27. Schreiben des Bürgermeisters von Fresach vom 23. Dezember 2020, mit dem eine Resolution vom 18. Dezember 2020 betreffend „Aufhebung des Beschlusses zur Abschaffung der Hacklerregelung“ vorgelegt wird.
28. Schreiben von 11 Gemeinden (Gars am Kamp, Schwarzenau, Gaming, Zwentendorf, Otterthal, Trofaiach, Herzogenburg, Münchendorf, Reisenberg, Neunkirchen, Günselsdorf), mit denen Resolutionen betreffend „Gemeindefinanzen“ vorgelegt werden.
29. Schreiben des Bürgermeisters von Simbach a. Inn vom 11. Dezember 2020, mit dem eine Resolution vom 10. Dezember 2020 betreffend „Kleiner Grenzverkehr – aktuelle Grenzsituation“ vorgelegt wird.
30. Schreiben von 14 Gemeinden (Kindberg, Ebenau, Admont, Bad Gleichenberg, Proleb, Frantschach-St. Gertraud, Großarl, Bärnbach, Villach, Afritz, Lieboch, Bischofshofen, Neudau, Wies), mit denen Resolutionen betreffend „Finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden durch den Bund“ vorgelegt werden.
31. E 118-NR/XXVII.GP vom 10. Dezember 2020 betreffend „Verstärkte Einbindung des Parlaments bei der Umsetzung der SDGs“ (Wortlaut siehe Beilage).
32. E 119-NR/XXVII.GP vom 10. Dezember 2020 betreffend „Sicherung der Gemeindefinanzen in der Krise“ (Wortlaut siehe Beilage).
33. E 120-NR/XXVII.GP vom 10. Dezember 2020 betreffend „Prüfung des Gesetzesvorschlages in 979/A (Änderung des Führerscheingesetzes“ im Rahmen eines Begutachtungsverfahrens“ (Wortlaut siehe Beilage).

34. E 121-NR/XXVII.GP vom 10. Dezember 2020 betreffend „Aktives Vorgehen gegen Lebensmittelverschwendung“ (Wortlaut siehe Beilage).
35. E 122-NR/XXVII.GP vom 11. Dezember 2020 betreffend „#comebackstronger – Maßnahmenprogramm für den Österreichischen Sport nach der COVID-19-Krise“ (Wortlaut siehe Beilage).
36. E 123-NR/XXVII.GP vom 11. Dezember 2020 betreffend „Prüfung des rechtlichen Rahmens für den E-Sport“ (Wortlaut siehe Beilage).
37. E 124-NR/XXVII.GP vom 11. Dezember 2020 betreffend „Gender Report für den Bereich Kunst und Kultur“ (Wortlaut siehe Beilage).
38. E 126-NR/XXVII.GP vom 11. Dezember 2020 betreffend „Miteinbeziehung ökologisch und sozial nachhaltiger Faktoren bei der Beschaffung digitaler Endgeräte“ (Wortlaut siehe Beilage).
39. E 128-NR/XXVII.GP vom 11. Dezember 2020 betreffend „Weiterführung der Fortbildungsoffensive für Pädagoginnen und Pädagogen im Bereich Digitales Lernen“ (Wortlaut siehe Beilage).
40. E 130-NR/XXVII.GP vom 11. Dezember 2020 betreffend „Weiterentwicklung der hochschulischen Weiterbildung“ (Wortlaut siehe Beilage).
41. E 131-NR/XXVII.GP vom 11. Dezember 2020 betreffend „Sicherstellung der Finanzierung der Hospiz- und Palliativversorgung, im Besonderen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 10. Dezember 2020

betreffend Verstärkte Einbindung des Parlaments bei der Umsetzung der SDGs

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemäß den im Ausblickskapitel des Freiwilligen Nationalen Berichts zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (FNU) angeführten strukturellen und prozeduralen Maßnahmen, die künftig die kohärente Umsetzung der Agenda 2030 durch Österreich verstärken sollen, das Parlament regelmäßig über die Fortschritte bei der Umsetzung der SDGs zu informieren und dabei

- als Basis den FNU im ersten Halbjahr 2021 im Nationalrat zu behandeln und diskutieren;
- 2021 einen Mechanismus zu schaffen, der das Parlament einbindet und dabei die umfassende horizontale Wirkung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) in vollem Ausmaß berücksichtigt.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 10. Dezember 2020

betreffend Sicherung der Gemeindefinanzen in der Krise

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird ersucht, ein weiteres Hilfspaket für die Gemeinden zu schnüren, damit diese auch in der Krise die Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen aus der Daseinsvorsorge ausreichend gewährleisten können.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 10. Dezember 2020

betreffend Prüfung des Gesetzesvorschlages in 979/A (Änderung des Führerscheinggesetzes) im Rahmen eines Begutachtungsverfahrens

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, unter Einbindung der Bundesländer die im Antrag 979/A vorgeschlagene Gesetzesänderung zu prüfen, die beschriebenen offenen Fragen zu klären und einem Begutachtungsverfahren im Rahmen der nächsten Novelle des Führerscheinggesetzes zuzuführen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 10. Dezember 2020

betreffend Aktives Vorgehen gegen Lebensmittelverschwendung

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird ersucht, zeitnah in Zusammenarbeit mit den österreichischen Handelsunternehmen, ProduzentInnen und karitativen Organisationen einen Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung zu entwickeln. Dazu gehören insbesondere

- die Evaluierung bestehender Gesetze und Fördersysteme,
- das Verbot des Entsorgens von genusstauglichen Lebensmitteln aus dem Lebensmitteleinzelhandel (Kaskadenmodell nach dem Vorbild Frankreich),
- eine Nationale Koordinierungsstelle,
- die Verbesserung der Datenbasis und Transparenz über die gesamte Wertschöpfungskette und
- eine Kampagne zur Bewusstseinsbildung für KonsumentInnen (um die Verschwendung in den Haushalten zu verringern).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 11. Dezember 2020

betreffend #comebackstronger – Maßnahmenprogramm für den Österreichischen Sport nach der COVID-19-Krise

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, wird ersucht, ein umfassendes Maßnahmenpaket für den Österreichischen Sport nach der COVID-19-Krise zu schnüren, um folgende Zielsetzungen zu erreichen:

- Förderung regelmäßiger Sportausübung möglichst vieler Menschen in Österreich im Sinne der Gesundheitsprävention
- Erhalt der Sportvereine, ihrer Ehrenamtlichen, ihrer Trainer/innen, ihrer Sportler/innen und Rückholaktion verlorengegangener Mitglieder sowie nachhaltige Stärkung des Ehrenamtes
- Verhinderung des Verlustes einer ganzen Generation an Leistungssportler/innen und Sportbegeisterten

Dieses Programm unter dem Titel „#comebackstronger“ sollte folgende Maßnahmen umfassen:

- Verlängerung des bestehenden NPO-Fonds oder Einrichtung eines Nachfolge-Fonds/Programms bis Einschränkungen im Sport nicht mehr notwendig sind;
- Rasche Umsetzung gemeinsamer Überlegungen mit Ländern, Gemeinden und Verbänden, um bestmögliche Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu gewährleisten. Bedachtnahme auf Aus- und Fortbildungen und Ehrungen (z.B. Einführung eines österreichweiten Preises für besonderes ehrenamtliches Engagement im Sportbereich);
- Prüfung von Steuer- bzw. Abgaben- oder anderen finanziellen Anreizen für aktive Betätigung in Sportvereinen, um Aktive, Übungsleiter/innen, Trainer/innen und Funktionär/innen zurückzuholen, sowie Verlängerung der coronabedingten Regelung der pauschalen Reiseaufwandsentschädigung (PRAE);

- Erarbeitung bzw. Stärkung von geeigneten Maßnahmen für den Nachwuchswettkampf- und Leistungssport nach dem Vorbild des Strukturpakets Frauenligen: Zurverfügungstellung von zweckgewidmeten Fördermitteln für die Talenteaquire und Talentebetreuung;

- Forcierung einer Arbeitsgruppe zwischen dem Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Sport Austria zum Thema „Tägliche Bewegungseinheit für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Schulpflicht“ in Kooperation mit den Bundesländern, den Gemeinden und den Sportorganisationen;

- Verbesserung der Auslastung öffentlich finanzierter Sportinfrastruktur, Gebäude und anderer Liegenschaften: ganzjährige Nutzung von Sportflächen in öffentlicher Hand (z.B. Schulen) ausbauen;

- Auslobung eines breit angelegten Ideenwettbewerbs, der dazu beiträgt, die Expertise in den Vereinen und Verbänden zu nutzen und so im Sinne eines Crowdsourcings die Erkenntnisse aus der Zeit der Pandemie zu nutzen, um den Sport gestärkt aus der Krise zu bringen. Begleitend soll eine Medienkampagne – etwa in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Rundfunk – möglichst viele Menschen und Vereine erreichen, um die (mediale) Aufmerksamkeit für den österreichischen Sport in seiner Breite und Vielfalt zu sichern. Dabei soll besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass die österreichische Sportlandschaft in ihrer Vielfalt und Breite abgebildet wird und insbesondere auch gelungene Projekte gelungener Integration und Inklusion vor den Vorhang geholt werden;

- Prüfung und in der Folge Umsetzung der Möglichkeiten für einen Ausbau von Kooperationen zwischen Krankenkassen und Sportverbänden mit dem Ziel, Erwachsene und insbesondere auch ältere Menschen für Sport und Bewegung zu begeistern und somit einen Beitrag zur eigenen Gesundheitsvorsorge zu leisten;

- Erarbeitung und in der Folge Umsetzung von Maßnahmen, die auch Menschen, die finanziell schlechter gestellt sind, Zugang zu den Angeboten des organisierten Sports ermöglichen, um sicherzustellen, dass sich auch sie sportliche Aktivitäten leisten können, wodurch sie sozial inkludiert und gesundheitliche Risiken minimiert werden;

- Prüfung von Anreizen und Unterstützung für von Absagen betroffene Breitensportveranstalter, damit diese auch in Zukunft im Interesse der Gesundheit, des Sports als auch der Tourismus- und Freizeitwirtschaft ihre Aktivitäten fortsetzen;

- Prüfung der Möglichkeit für Unternehmen in Österreich, externe Sportangebote zur betrieblichen Gesundheitsförderung abgabenfrei ihren Mitarbeiter*innen anbieten zu können.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 11. Dezember 2020

betreffend Prüfung des rechtlichen Rahmens für den E-Sport

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Sport, wird ersucht, eine Arbeitsgruppe mit den wesentlichen Interessengruppen einzurichten, um den rechtlichen Rahmen für den E-Sport, insbesondere hinsichtlich Gemeinnützigkeit und Sport, zu klären und konkrete Lösungsvorschläge auszuarbeiten.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 11. Dezember 2020

betreffend Gender Report für den Bereich Kunst und Kultur

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, wird aufgefordert, einen Gender Report für den Bereich Kunst und Kultur in Auftrag zu geben und zukünftig alle fünf Jahre zu veröffentlichen, um evidenzbasierte Gleichbehandlungspolitik zu ermöglichen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 11. Dezember 2020

betreffend Miteinbeziehung ökologisch und sozial nachhaltiger Faktoren bei der Beschaffung digitaler Endgeräte

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, ökologisch und sozial nachhaltige Faktoren (z.B. Refurbished Geräte, Reparierbarkeit von Geräten, Garantie, Umweltverträglichkeit, hochwertige Geräte, Entsorgung) bei der Beschaffung der digitalen Endgeräte miteinzubeziehen. Der nachhaltige Umgang mit den Endgeräten soll Teil des Digitalisierungskonzepts der Schulen sein.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 11. Dezember 2020

betreffend Weiterföhrung der Fortbildungsoffensive für Pädagoginnen und Pädagogen im Bereich Digitales Lernen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, die im Sommer 2020 gestartete Fortbildungsoffensive für Pädagoginnen und Pädagogen im Rahmen von MOOCs weiterzuführen und weitere Fort- und Weiterbildungsangebote an den Pädagogischen Hochschulen fortzusetzen und zu entwickeln, um ihre Kompetenzen optimal im Bereich Digitales Lernen zu stärken.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 11. Dezember 2020

betreffend Weiterentwicklung der hochschulischen Weiterbildung

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird ersucht, die Weiterentwicklung der hochschulischen Weiterbildung voranzutreiben. Dazu sollen auf Basis von für alle Hochschultypen einheitlichen (gesetzlichen) Rahmenbedingungen die Zugangsvoraussetzungen zu Weiterbildungslehrgängen vereinheitlicht, die derzeitige Titelvielfalt reduziert und eine hohe Qualität durch einheitliche, transparente Standards für die hochschulische Weiterbildung gesichert werden. Darüber hinaus wird ersucht, mit der Etablierung eines hochschulischen BA Professional sowie MA Professional für hochschulische Weiterbildungslehrgänge Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Durchlässigkeit zwischen der Weiterbildung auf Hochschulniveau und der beruflichen Höherqualifizierung zu erhöhen sowie die Orientierung und Vergleichbarkeit für Studienwerberinnen und -werber zu verbessern.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 11. Dezember 2020

betreffend Sicherstellung der Finanzierung der Hospiz- und Palliativversorgung, im besonderen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, die Hospiz- und Palliativversorgung für Kinder und Erwachsene im Rahmen der Pflegereform möglichst rasch in die Regelfinanzierung überzuführen sowie den Ausbau von Hospiz- und Palliativangeboten weiter voranzutreiben. Weiters wird ersucht, mit den Ländern und Sozialversicherungen die zur Umsetzung notwendigen Gespräche zu führen.